



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 20951/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/110

13. Mai 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Besatzungskosten für Berlin	S.1
Dreimal Österreich	S.3
Stimme aus der Wüste	
Ein Beitrag zum Mitbestimmungsrecht	S.4

Kosten für den Schutz der Freiheit

B. Der Westberliner Haushalt wird von den Alliierten im Rechnungsjahr 1950/51 mit annähernd 185 Millionen DM für Besatzungskosten und Besatzungsfolgekosten belastet werden. Diese Tatsache ist wie kaum eine andere geeignet, die Revisionsbedürftigkeit unserer staatlichen Beziehungen zu den Demokratien des Westens deutlich zu machen. Amerikanische Senatoren und Repräsentanten beraten zur Zeit noch immer über 30 Millionen Dollar, die Oberkommissar McGloy als Zusatzfonds für Besatzungsausgaben in Deutschland angefordert hat. Es will nicht zum Bilde der Hilfe für Berlin passen, dass die Stadt, die einen wirtschaftlichen Freiheitskampf bis aufs Messer gegen die Totalitätsansprüche des Ostens führt, in finanzieller Beziehung noch wie erobertes Gebiet behandelt wird.

Immer wieder haben die Westalliierten betont, dass gerade die Berliner Bevölkerung sich während der Blockade- und Luftbrückenperiode mehr als rehabilitiert habe. Deither sind in der eigentlichen deutschen Hauptstadt die sogenannten Besatzungskräfte des Westens zu wahren Bundesgenossen der deutschen Bevölkerung - nicht zuletzt auch der Sowjetzonenbewohner - geworden. Aber gerade deswegen müssen wir

wir bei unseren westlichen Partnern darauf dringen, dass für den Schutz Berlins, das als Bastion für Europa und die ganze freie Welt steht, nicht weiterhin Besatzungsbedingungen aus dem Jahre 1945 gelten.

Besonderes Gewicht aber erhält diese Aufforderung durch die Form der sowjetischen Ablehnung, freie Wahlen für Gesamt-Berlin

zuzulassen. Die Berliner Kremlbeamten, die 1948 durch einen inszenierten Putsch die gewählten Repräsentanten der Bevölkerung aus dem

Ostsektor vertrieben, machten jetzt den Abzug der "Besatzungstruppen" aus Berlin zur Bedingung für gesamtberliner Wahlen. Jedermann weiss,

dass unter solchen Umständen von einer freien Willensentscheidung in Deutschlands Hauptstadt ebensowenig die Rede wäre wie auch nur

mehr von einem offenen Wort zum Nachbarn. So dient also die Besatzung Berlins ebense wie die Besatzung Westdeutschlands überhaupt

nur noch einem Zweck: dem Schutz vor einer neuen Diktatur. Und darin ist das Interesse des Westens identisch mit dem des deutschen Volkes.

In einem Memorandum forderte neulich der Bundestagsausschuss für Fragen des Besatzungsstatuts und auswärtige Angelegenheiten

ERP-Gegenwertmittel für Investitionen, um damit die Haushaltslücke, die von den Besatzungskosten herrührt, zu schliessen. Damit würde

das amerikanische Hilfsprogramm die der Bundesrepublik von den drei Alliierten aufgebürdeten Kosten für den Schutz der Freiheit zu tra-

gen haben. Ganz ähnlich, nur noch in krasserer Form, gestalten sich die finanziellen Verhältnisse in Berlin, wo wirklich jeder ERP-Cent

und jeder Bundespfennig zu produktiven Zwecken benötigt werden.

Amerikanische Senatoren sprachen schon einmal vom "deutschen Topf ohne Boden", als sie sahen, wie Produktionsstätten durch Demon-

tagen zerstört wurden, die mit Marshalplan-Geldern wieder aufgebaut werden müssen. Schutz und Sicherheit Berlins und auch Westdeutsch-

lands kosten Geld, und es ist notwendig, dass viel Geld dafür ausgegeben wird. Aber die Westmächte müssen Wege finden-vielleicht auch

über den Atlantikrat. sich finanziell stärker an der Front des Kalten Krieges zu engagieren, denn ihre eigene Freiheit steht hier

schliesslich mit auf dem Spiel.

Dreimal Österreich

P. Wien, im Mai 1950

Drei Themen beherrschen das politische Leben Österreichs: die Kriegsgefangenenfrage, die niederösterreichischen Gemeindewahlen und die Verhandlungen über den Staatsvertrag. Bei dem letzten Punkt ist man in politischen Kreisen Wiens der Ansicht, dass alle Verschleppungsmanöver der Russen über kurz oder lang ein Ende haben müssen, zumal die Absicht Zarubins, Österreich mit der Triester Frage zu koppeln, immerhin schon eine Taktik der Verlegenheit verriet.

Mit der gleichen Empörung wie in Deutschland ist in Österreich die russische Meldung über den Heimkehrerstop aufgenommen worden. Die Nachricht fand ganz besonders deshalb einen so starken Widerhall, weil soeben in Österreich eine grosse kommunistische "Friedensoffensive" im Gange ist. Sogar aus Prag kam ein Friedensengel in Gestalt des tschechoslowakischen Gesandten, der dem Präsidenten des Wiener Nationalrats, Kunschak, eine Resolution überreichte, in der gegen die Westmächte, gegen Tito und dem Vatikan als Friedensbrecher losgezogen wird. Prag wünscht, das Wiener Parlament möge sich dieser Botschaft anschliessen, was immerhin eine Zumutung ist, da ja Österreich nicht aus propagandistischen Gründen sich auf die Seite des Ostblocks stellen kann. Andererseits ist es der Osten, der ausgerechnet die österreichische Regierung beschuldigt, sie unterhalte ein motorisiertes Gendarmerie-Regiment als Kader der neuen Wehrmacht, sie baue Flugplätze usw.

Ihrem Friedenswillen hätte die Sowjetunion, so sagte Innenminister Oskar Helmer, eindeutig durch die Entlassung der österreichischen Kriegsgefangenen beweisen können. Noch immer befinden sich über 5.000 in Russland. Viele von ihnen sind zu mehrjährigen Kerkerstrafen verurteilt worden. Die österreichische Regierung hat vor einigen Wochen in Moskau angefragt, um wieviel dieser Bedauernswerten es sich handle, wie sie heissen und wie hoch ihre Strafen seien. Es erfolgte keine Antwort. Bundesminister Helmer hat nun erneut die Bekanntgabe der Zahlen und Namen gefordert. - Hingegen hat Jugoslawien, das durch Tito ein paar freundliche Gesten gegen den Westen und auch gegen Österreich machte, wissen lassen, es werde in den nächsten Tagen einen Teil der dort verurteilten Österreicher entlassen. So sind die ersten 76 von 154 bereits in Freiheit gesetzt worden.

Auf die Gemeindewahlen in Niederösterreich hatte die Haltung der Russen in Bezug auf die rein österreichischen Belange ohne Zweifel be-

deutenden Einfluss. Das Ergebnis stellt zunächst einen weiteren Rückgang der Stimmen des "Linksblocks" (der Kommunisten und der sogenannten Linksozialisten unter Erwin Scharf) fest. Gegenüber den vorjährigen Wahlen sind die Kommunisten von 5,4 v.H. auf 5,23 v.H. zurückgegangen. Auch der "Verband der Unabhängigen" hatte starke Einbußen, allerdings ergeben die Zahlen (0,18 v.H. gegen 4,3 v.H. im Vorjahre) kein richtiges Bild, weil der VDU nur in wenigen Gemeinden kandidierte. Die Verluste der Kommunisten sind in Niederösterreich insofern interessant, als sich das Land unter sowjetischer Besetzung befindet und die russischen Staatsbetriebe selbstverständlich einen Terror zumindest auf ihre Arbeiter und Angestellten ausüben können.

Die österreichische Volkspartei (ÖVP) verlor über 35.000 Stimmen, blieb aber mit 51,95 weiterhin die stärkste Partei. Die Sozialisten sind die einzigen Gewinner: sie verbesserten ihren Stimmenanteil von 37,5 v.H. auf 39,97 v.H., nicht zuletzt dank des mutigen persönlichen Einsatzes von Oskar Helmer, dem es gelang, viele Kommunisten von der Zwiesichtigkeit ihrer Partei zu überzeugen.

So haben die niederösterreichischen Gemeindewahlen nicht nur 10 von 11 kommunistischen Bürgermeistern gestürzt, sondern die Arbeiterschaft davon überzeugt, dass ihr Platz nicht in den Reihen der Kommunisten ist. Diese Tatsache ist nicht hoch genug einzuschätzen. Mit ihr hat die Arbeiterschaft eine staatsmännisch bedeutungsvolle Tat vollbracht.

- o - o -

Stimme aus der Wüste

Ein Beitrag zum Mitbestimmungsrecht

SN. Die vom Verlag "Handelsblatt G.m.b.H.", Düsseldorf, herausgegebene Zeitschrift für Betriebswirtschaft, "Der Betrieb", beschäftigt sich in der soeben erschienen Ausgabe vom 10.5.1950 ausführlich mit dem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht. Oberregierungsrat Karl Fitting, Bonn, behandelt im ersten Teil seines Artikels die grundsätzlichen Fragen des Mitbestimmungsrechtes und gliedert dieses auf in a) soziale, b) personelle, c) arbeitstechnische und d) wirtschaftliche Angelegenheiten.

"Der Wunsch nach Mitwirkungsrecht in wirtschaftlichen Angelegenheiten" - führt ORR Fitting aus - "betrifft die Beteiligung der Arbeitnehmer an den geschäftspolitischen Massnahmen des Unternehmers. Die Belegschaft und jeder einzelne Arbeitnehmer sind auch an den

unternehmerischen Entscheidungen insoweit interessiert, als je nach der Richtung, in die sie weisen, und je nach dem Erfolg, der ihnen

beschieden ist, Ausstrahlungen auf das betriebliche Geschehen, ja auf die Existenz des Betriebes unvermeidlich sind. Es ist für die Arbeit-

nehmer ausserordentlich wichtig, dass die unternehmerischen Entscheidungen so gefällt werden, dass einerseits eine Gefährdung ihrer

Existenz nicht eintritt und andererseits durch günstige Verwertung der Arbeitsergebnisse eine Verbesserung ihrer eigenen Arbeit und damit

Lebensbedingungen ermöglicht wird.

Dann beschreibt ORR Fitting, welche Interessengebiete in den Kreis der "wirtschaftlichen Angelegenheiten" gehören, an denen die Arbeit-

nehmer naturgemäss interessiert sind. Er führt an: "Die Fragen der Produktionsgestaltung, der Preisgestaltung, des Absatzes, der Kapital-

investitionen, der Verwendung des Gewinns einschliesslich der Entscheidung über die Einräumung einer Gewinnbeteiligung, der Fusionierung,

aber auch die allgemeinen Entscheidungen über Rationalisierung, Umstellung der Produktion, Betriebserweiterungen, -beschränkungen oder

-verschmelzungen."

Schliesslich nimmt ORR Fitting auch zu der heiss umstrittenen Frage Stellung, ob den Betriebsräten oder den Gewerkschaften die Mit-

bestimmungsrechte eingeräumt werden sollen. In dankenswerter Klarheit erklärt er, dass die Betriebsräte "wegen ihrer in zahlreichen

Fragen zu bejahenden Interessengemeinschaft mit dem Unternehmer das weniger geeignete Instrument seien, so dass solche Befugnisse gege-

benenfalls den Koalitionen der Arbeitnehmer einzuräumen wären."

- o - o -

Militaristische Jugenderziehung

sp. Auf einer Sitzung der Schulleiter von Plauen-Land erklärte ein Funktionär des FDJ-Landesvorstandes Sachsen: "Sie dürfen in der Schule keine Pazifisten erziehen, sondern eine Jugend, die gewillt ist, mit dem Gewehr in der Hand den Frieden zu verteidigen, den die Sowjetunion vertritt". In einem Rundschreiben des Kreisvorstandes der Lehrgewerkschaft in Plauen werden scharfe "Säuberungsmassnahmen" angedroht und die "fortschrittlichen Lehrer aufgefordert, "antidemokratische Äusserungen aller nicht linientreuen Kollegen der Gewerkschaftsleitung zu melden.

Die Weigerung, für das Pfingsttreffen zu spenden oder die Warnung vor der Teilnahme gegenüber den Jugendlichen haben zu Verfolgungen durch die politische Polizei geführt.

- o - o -

Verantwortlich: Peter Raunau